

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 6,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die nebengefaltene Zeitzeile oder deren Raum 200 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 170 Pfg., Reklamen 700 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 249.

Montag, den 24. Oktober 1921.

28. Jahrgang.

## Rücktritt der Reichsregierung.

Berlin, 22. Oktober. 6.45 Uhr abends. Die Reichsregierung hat in ihrer heutigen Kabinettsitzung auf Antrag des Reichskanzlers Dr. Wirth beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu unterbreiten.

### Was nun?

Berlin, 24. Oktober. (Fig. Drahtber.)

Demokraten haben den Rücktritt des Kabinetts Wirth erzwungen. Man fragt noch immer vergebens nach einem sachlichen Grunde, denn in der Beurteilung der ober-schlesischen Entscheidung waren die drei Koalitionsparteien und ihre Minister sich einig. Es können nur parteitaktische Manöver die Haltung der beiden bürgerlichen Koalitionsparteien bestimmt haben. Sie glauben wohl, die Gelegenheit zu einer Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung sei günstig. Was sie aber durch die Kabinettskrise erreicht haben, ist einstweilen nichts, als ein wirres Durcheinander. Eine Unklarheit, wie sie größer bei keiner der Kriegen seit der Revolution bestanden hat.

Die Deutsche Volkspartei hat sich durch ihre feierliche Erklärung, das Oberschlesien-diktat in keiner Form anzuerkennen, und an der Durchführung der Beschlüsse des Völkerbundes nicht mitzuwirken, von selbst aus einer Koalition der Erfüllung des Diktates ausgeschlossen. Die Unabhängigen, auf der anderen Seite spielen die unverantwortlichen Schadenfreuden, verweisen abschließend auf die „Rechtssozialisten“ und tun so, als sei ein Block aller bürgerlichen Parteien der Ausweg, den sie jetzt suchen müssen. Die Demokraten dagegen streben sich, in ein Kabinett zurückzuführen, dem die Deutsche Volkspartei nicht angehört und haben die „Rechtssozialisten“, d. h. also die beiden sozialistischen Fraktionen ein, eine Linksregierung zu bilden. Das Zentrum hält sich in das bei ihm beliebte Dunkel. Es sagt keine Beschlüsse und trifft keine Entschlüsse. Seine Sehnsucht geht aber nach der berühmten breiten Koalition. Es hofft trotz alledem doch noch den Weg zur Deutschen Volkspartei zu finden, ist aber im Notfall auch wohl bereit, die bisherige Koalition fortzusetzen. Freilich möchte das Zentrum den Kanzlerposten dann der Sozialdemokratie übertragen, wir aber haben nicht Neigung, die Kanzlerschaft zu übernehmen.

In allen bürgerlichen Fraktionen, die Deutschnationalen ausgenommen, ringen verschiedene Richtungen miteinander. So steht Stresemann, der Chef der Volkspartei innerlich im Gegensatz zu seiner Fraktion, er würde überstimmt. In der demokratischen Fraktion sind einige alte Führer für das Wiederaufnehmen der alten Koalition, möchten aber den bisherigen Kanzler Wirth opfern oder ihn veranlassen, sich auf das Reichsfinanzministerium zurückzuziehen. Unehiliche Strömungen sind im Zentrum vorhanden. Dort war zweifellos Stegerwald einer der Haupttreiber gegen das Kabinett Wirth. Er ist der nach einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei drängende Mann.

Die sozialdemokratischen Führer gehen nur mit einer Bindung in die Verhandlungen: mit den Bedingungen des Völkischer Parteitages. Unter erstes taktisches Ziel ist, die bisherige Koalition fortzusetzen und möglichst die Unabhängigen in das Kabinett einzubringen. Ist dies durchaus nicht zu erreichen, so halten wir die schleunige Bildung eines Kabinetts aus den drei bisherigen Koalitionsparteien für die nächstbeste Lösung der Krise. In Personalfragen dürfte angesichts der bittersten Lage diese Lösung nicht scheitern. Wir haben aber wenig Hoffnung, daß eines der beiden vorstehenden Ziele erreicht wird. Was dann werden soll, ist uns einstweilen ein Rätsel. Einer Beteiligung der Volkspartei steht schon ihr klarer und unzweideutiger Beschluß zur Oberschlesienentscheidung entgegen. Davon abgesehen können wir auch schwer glauben, daß zwischen uns und der Deutschen Volkspartei innerhalb weniger Tage eine Einigung in unseren drei Grundbedingungen zustande kommt: Republikanisierung, Demokratisierung, vorwiegend Besichtigung.

So wäre es wohl für uns der leichteste und bequemste Ausweg, den bürgerlichen Parteien, die die Krise heraufbeschworen haben, die fernere Gestaltung der Dinge zu überlassen. Die Sozialdemokratie kann aber nicht eine Politik der Verzögerung betreiben. Es geht nicht um die Parteien, sondern um die Republik und die Menschen, die in ihren Grenzen wohnen. Wir glauben, daß es nie notwendiger war als jetzt, innenpolitisch und außenpolitisch den Einfluß der Sozialdemokratie in der Reichsregierung geltend zu machen. Gerade deshalb hat aber eine Koalition mit Einfluß der Sozialdemokratie nur dann Zweck, wenn unser Einfluß gewahrt bleibt. Das wissen unsere Unterhändler und das sollen auch die sich sagen, die jetzt mit der Sozialdemokratie über die Regierungsbildung verhandeln.

Dr. L. Lübeck, 24. Oktober 1921.

Uns scheint, daß der Bericht unseres Berliner Vertreters nicht mit genügender Schärfe die beiden Möglichkeiten herausarbeitet, die allein aus der Verworrenheit herauszuführen können.

Schon am Sonnabend wiesen wir an dieser Stelle darauf hin, daß die schwebende Kabinettskrise kein Streit um die Person Wirths oder anderer sein kann, sondern nur in der Frage nach der einzuschlagenden politischen Richtung begründet ist. Und auch der vollzogene Rücktritt des Reichskabinetts ändert an dieser Fragestellung nichts. Es wird sich auch jetzt darum handeln, eine Stellungnahme des Reichstages zu der ober-schlesischen Entscheidung herbeizuführen; d. h. der Reichstag wird das Beschieden der ober-schlesischen Kommission beschließen oder ablehnen müssen.

Ein zu spät im m e n d e r Beschluß käme auf ein Weiterführen des bisherigen Wirthschen Kurses hinaus; eine Ablehnung aber auf einen Kurswechsel. Zentrum und Demokraten beteuern aber immer wieder, daß ein Kurswechsel, d. h. eine Politik des passiven Widerstandes gegen die Entente eine glatte Unmöglichkeit ist. Und doch haben sie den Rücktritt Wirths verlangt? Was soll das denn für einen Sinn gehabt haben?

Die Antwort liegt sehr nahe. Wirth war den bürgerlichen Parteien aus irgend einem Grunde nicht mehr genehm. Aus Rücksicht auf die Sozialdemokraten mochten sie das nicht zugeben; deshalb benutzten sie den ober-schlesischen Wirrwarr, um ihn zu stürzen. Der Grund aber, weshalb man Wirth plötzlich nicht mehr wollte, liegt bei der Volkspartei. Zentrum und Demokraten hängen mit solcher Liebe an dieser ihrer Milchschwester, daß sie es gar nicht abwarten können, sie an den Busen der Koalition zu drücken. Wirth aber ist für die großindustrielle Volkspartei das rote Tuch. Deshalb mußte er gehen.

Und nun? Nach wie vor steht Oberschlesien im Mittelpunkt der Entscheidungen. Wir Sozialdemokraten sehen keine Möglichkeit, die Entente-Entscheidung irgendwie abzuändern; wir lehnen es ab, uns auf sinnlose Abenteuer einzulassen. Unsere Aufgabe kann jetzt nur darin bestehen, dem unglücklichen Lande nach Möglichkeit sein schweres Los zu erleichtern und dafür zu sorgen, daß die unter Fremdherrschaft geratenen Teile unseres Volkes ein erträgliches Dasein gesichert bekommen. Die Volkspartei aber ist anderer Ansicht. Sie besteht auf strikter Ablehnung des Genfer Beschlusses; sie verlangt passiven Widerstand gegen alle Anordnungen der Entente.

Das sind die beiden Wege, die dem Reichstage offen stehen; die Entscheidung über die Wahl liegt bei den Demokraten und beim Zentrum. Werden diese Parteien sich dem Standpunkt der Volkspartei anschließen, so müssen sie auch mit dieser zusammen eine Regierung bilden; das wäre der Weg zu einer rein bürgerlichen Koalition. Stellen sie sich aber auf unsern Standpunkt, so müssen sie ja von der Volkspartei wieder abdrücken. Das ganze Manöver mit dem Sturz Wirths war dann zwecklos; es war dann nichts weiter als ein mißglückter Versuch, das Herz der Volkspartei mit einer kleinen Morgengabe zu erweichen. Nächstes Ziel müßte also sein, den Fehler möglichst bald einzusehen und Wirth — wieder zu holen. Das ist die zweite Möglichkeit.

Also: entweder alter Kurs und alte Koalition, dann kann es nur Wirth sein, der wiederkommt; oder neuer Kurs und neue Koalition, dann werden die bürgerlichen Parteien unter sich sein.

Das ist der Standpunkt der Sozialdemokratie. So sehr wir es beklagen würden, wenn der Unverstand bürgerlicher Parteien unsere äußere Politik zerreißen und Oberschlesien nutzlos in neue Unruhen stürze werde, so bleibt uns doch nichts anderes übrig, als warnend unsere Stimme zu erheben. Und wenn wir auch davon durchdrungen sind, daß wir als stärkste Partei die Pflicht haben, unsern Einfluß in jeder Regierung geltend zu machen, so ist für uns doch keine Möglichkeit vorhanden, auf irgend einer halbheiligen Verständigungsgrundlage einen bürgerlichen Rubbelmuddel mitzumachen. Und noch weniger kann eine Rede davon sein, daß wir irgend einer Rechtschwankung zustimmen könnten.

Wir sind durch den Völkischer Beschluß gebunden, und wir stehen und fallen mit dem Kurs, den Wirth gesteuert hat.

## Es geht weiter.

Lübeck, 24. Oktober 1921.

Der gewaltige Vorstoß, den die „Lübedischen Anzeigen“ im Bunde mit verschiedenen Offizieren in und außer Dienst vergangenen Freitag gegen mich unternahmen, ist jammervoll zusammengebrochen. Meine Feststellungen über den sogenannten „amtlichen“ Bericht der Belgarder Reichswehr haben so ernüchternd gewirkt, daß man jetzt schon diesen Angriff aufgibt und sich hinter dem altersschwachen und stark abgegriffenen Märchen von den frommen „Regierungs“truppen und den bösen roten Banden verschanzte. (Wenn Patrioten mit diesem Gebet anfangen, so sind wir Andern machtlos; nur den allmächtigen Gott anzuflehen bleibt uns übrig, auf daß er ihnen einen barmherzigen Blick schenke und sie erleuchte!)

Man erinnere sich des weiteren Angriffs. Im November soll ich einen Zusammenstoß mit revolutionären Soldaten gehabt haben! Aus Kaisertraine! Was meinst du, erstaunter Leser, was von dieser Beschuldigung heute noch übrig ist? Schall und Rauch! Vor drei Jahren hätte ich irgendwo in der Gegend von Reims meinem Hauptmann etwas Derartiges erzählt.

Ich will den Hauptmann nicht daran erinnern, daß wir in den Novembertagen 18 nicht in der Gegend von Reims, sondern nördlich von Charleville lagen, und ich will aus dieser schwachen Stelle im Gedächtnis des hohen Herrn auch keine Rückschlüsse auf den ganzen Inhalt seiner Behauptungen machen. Nur folgendes möchte ich hier feststellen. Der betreffende Hauptmann war im Kriege von Truppenteil zu Truppenteil geirrt; nervenhalber ging er auch bei uns gleich in Urlaub. Nach diesem Urlaub aber war er nach den Aussagen der Offiziere seines Stabes aufgeregter als jemals zuvor. Ein ruhiges und sachliches Gespräch mit ihm war schon aus diesem Grunde eine glatte Unmöglichkeit. Und ich muß gestehen, daß ich mich auch nicht entsinne, mit ihm irgend etwas besprochen zu haben. Mit einer Ausnahme allerdings! Auf dem Rückmarsch stieß ich mit ihm auf luxemburgischem Boden persönlich scharf zusammen. Seinen Befehl, meine Leute möchten einen Stall räumen, um für die Pferde des Stabes Platz zu machen, weigerte ich mich (wegen der grimmigen Kälte) auszuführen. Darob große aber nutzlose Aufregung!

Mit all diesen Vorwürfen ist die Berichtigung zu genehigen, die unser Hauptmann (als Gewährsmann des Amtsblattes) uns zuschickt!

„Dr. Leber“ behauptet in Nr. 246 dieses Blattes, die Schilderung seines Zusammenstoßes mit revolutionären Soldaten auf seiner Rückreise vom Urlaub im November 1918 sei glatt und frei erfunden. Hierin liegt ein Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit gegen mich. Ich stelle hierdurch fest, daß der damalige Leutnant Leber mit dem Vorgang in der in den „Lüb. Anz.“ vom 21. Oktober wiedergegebenen Form selbst geschildert hat. Sptm. a. D.

Was soll man zu einer solchen Feststellung sagen? Ich kann nur feststellen, daß ich von dem Revolutionsausbruch nichts erlebt habe, daß mir die ersten Gerüchte darüber erst in Givet bekannt wurden. Und wenn ich irgend jemandem etwas berichtet haben sollte, so können es nur diese Gerüchte gewesen sein.

Jedenfalls, wenn Behauptungen so zusammenschürpfen, wie der von meinem Zusammenstoß mit Revolutions-soldaten, so begnügt man sich damit, sie niedriger zu hängen. Und man geht weiter zum nächsten Punkt.

Nachdem so die beiden genannten Unwürfe vor der Wucht der Tatsachen schmählich verdunstet sind, versucht man wenigstens einen dritten zu retten: den der politischen Wandlungsfähigkeit. Und das gelingt glänzend — daneben.

Jedoch muß hier noch etwas eingeschaltet werden. Politische Wandlungsfähigkeit ist in meinen Augen noch lange kein Verbrechen. Reden wir Sozialdemokraten doch jeden Tag allen noch bürgerlich Denkenden zu, sie möchten sich wandeln. Und den vielen gewandelten und abgewandelten Deutschnationalen von Traub bis Maurenbrecher stellen wir das Vergnügen frei, alle 24 Stunden ihre Partei zu wechseln. Auch dem Hauptstiftleiter der „Lübedischen Anzeigen“ haben wir es noch niemals krumm genommen, daß sich einst die Segel seiner Hoffnung unter dem Wind der Revolution in demokratischer (äh!) Richtung blähten.

Selbst wenn ich also erst in oder nach der Revolution meinen Saulus abgestreift hätte, so wäre das völlig gleichgültig. (Nebenbei bemerkt bin ich nie etwas anderes als Sozialdemokrat gewesen!)

Über das Amtsblatt weist mit einem geradezu per-süßlichen Beweisgrund meine Wandlung nach. Man höre und staune seine folgenden Sätze an:

Daß Dr. Leber sich damals offen als Sozialist bekannt haben sollte, wie er jetzt behauptet, dürfte schon deshalb ausgeschlossen sein, weil im alten Heere, bei aller Weiblichkeit in der Auswahl der Offiziere während des Krieges, ein An-

Hänger einer Partei, die den Sturz der kaiserlichen Regierung und die Unterhöhlung der festesten Stützen des deutschen Reiches zum Ziel hatte, selbstverständlich nicht Offizier geworden wäre und auch nicht in dieser Stellung gebildet wäre, wenn er irrtümlich, weil seine Anschauungen noch nicht bekannt waren, befördert worden wäre. Wie sich der damalige Leutnant mit keinem Fahnenfeld und den durch Annahme seiner Beförderung zum Offizier ihm erwachsenen Verpflichtungen gegen Kaiser und Reich angeht, der von ihm, wie er behauptet, schon damals vorhanden gewesenem Gesinnung abgefunden hat, ist zum mindesten wunderbar!

Daß dein vielgeliebter Kaiser, oh Amtsblatt, einst den auch von dir bejubelten Satz sprach: „Ich kenne keine Parteien mehr!“ hast du wohl in der Hitze des Gefechts vergessen. Oder wird nun in deinen Kreisen tatsächlich der berühmte Satz so ausgelegt, daß für die Linksparteien der Feldentod für die Rechtsparteien aber das Offizierspatent paritätisch bestimmt sein sollte? (Die etwas überlegten Sätze des Amtsblattes seien seinen monarchistischen Offiziersfreunden als Spiegel warm empfohlen.)

Weiter möchte ich das plöcklich so vergeßliche Amtsblatt daran erinnern, daß der Fahnenfeld vor dem Kriege (im Gegensatz zu jetzt) nicht etwa etwas Freiwilliges war, sondern nach Form und Inhalt erzwingen wurde. Wenn wir Sozialdemokraten im Kriege trotz allem unsere Pflicht taten, so nicht aus Rücksicht auf diesen Feld oder auf irgend einen hysterischen Throninhaber, sondern weil wir unser Vaterland liebten. Oder sollte Ludwig Frank vielleicht Wilhelm zullebe in den Tod gegangen sein?

Man wird es mir nicht üben nehmen, wenn ich darauf verzichte, dem deutschmonarchistischen Organ in der Königsstraße alle Saßgassen seines engen Kasernengeistes anzufreien. Mit einem erneuten Geißler zum Allmächtigen, daß er seinen besonderen Beistand helfend dorthin schide, wende ich mich endgültig ab von dem Blättchen, das sich so kindisch freut, wenn Zeitungen es beachten. Denn die paar Wäckerbüchsen entlassene Offiziere, zufriedene Schieber und wuchernde Agrarier, die das Blatt aus Interesse lesen, sind auf die Dauer doch kein betriebligendes Publikum.

Zum Schluß sei mir nur noch eine kleine Randbemerkung gestattet. Seit Wochen ist mir bekannt, daß man während des Wahlkampfes gerade gegen meine Person die gehässigsten Angriffe richten wollte, und daß man in „führerlichen“ Kreisen alle möglichen Schauergerüchten über mich erzählt. Durch den Streit zwischen den Hochsenarbeitern und dem Oberleutnant Komar ist aber das ganze Pulver jetzt schon verpufft.

Alles das rührt mich wenig; niemals habe ich den Ehrgeiz besessen, irgendwelchen „besseren“ Kreisen genehm zu sein. Durch nichts werde ich mich abhalten lassen, für meine unterdrückten Klassenangehörigen bis zu meinem letzten Atemzuge zu kämpfen gegen alle Vorrechte der Geburt und des Besitzes. Daran werden auch die fortgesetzten Anrempelungen halb oder ganz betrunkenen Nationalisten nichts ändern; und auch die fortwährenden Bedrohungen mit dem Schicksal aller „Reichsfeinde“ werden mich von meinem Ziel nicht abbringen.

Das ist das Schöne in der Welt, daß das Banner steht, wenn der Mann auch fällt.

Dr. Leber.

## Parteien und Kabinettsbildung.

Berlin, 23. Oktober.

Die Fraktionsführungen der bisherigen Koalitionsparteien trafen im Reichstag gestern erst sehr spät am Abend zu Ende. Die beiden entscheidenden Fragen nach Rücktritt des Kabinetts sind: Die Neubildung des Kabinetts und die Frage der Entsendung eines Kommissars in die gemischte Kommission. Man ist sich in allen Fraktionen der Tatsache bewußt, daß diese Entscheidung spätestens bis Donnerstag erfolgen muß. Man rechnet damit, daß das Kabinetts schon sehr bald gebildet sein wird und daß eine Plenarsitzung des Reichstages erst dann stattfinden wird, wenn das neue Kabinetts sich gebildet hat, also frühestens Dienstag, vielleicht aber erst Mittwoch. Das Schreiben des Reichskanzlers Dr. Wirth an den Reichspräsidenten zur Begründung seines Rücktrittes wird einen scharfen Protest gegen die Entsendung enthalten und damit den Standpunkt des deutschen Volkes in dieser Schlüsselfrage zum Ausdruck bringen. Für morgen sind für alle führenden Parteien Fraktionsführungen zu erwarten. In Kreisen desentrums und der Demokraten ist man nach wie vor der Auffassung, daß das neue Kabinetts nur auf der Grundlage einer breiten Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie bestehen kann.

### Kein Fortschritt in der Kabinettsbildung.

Berlin, 24. Oktober.

Im Laufe des Sonntags sind Schritte zur Regierungsbildung nicht unternommen worden. Nach einer Mitteilung des Reichskanzlers befindet es sich nicht, daß der Reichspräsident den zurückgetretenen Kanzler um die Neubildung des Kabinetts ersucht hat. In politischen Kreisen befindet man sich, daß infolge der Schwierigkeit einer interfraktionellen Verständigung die Regierungsbildung erst kurz vor Ablauf der zur Ernennung des Kommissars festgesetzten Frist zustande kommen wird. Der Reichstag tritt voraussichtlich erst am Mittwoch oder sogar erst am Donnerstag zusammen.

## Die Pariser Presse zur Kabinettskrise.

Paris, 23. Oktober.

Die „Actions Françaises“ schreibt: Der Kanzler Wirth hat seine Demission gegeben. Er wird aber schon Montag nach einem förmlichen Akt gegen die Anweisung Oberpräsidenten wieder an die Macht kommen. Die Politik des Kabinetts Wirth, die darin bestand, Frieden und nicht zu brechen, war für Deutschland viel weniger gefährlich, als wir uns. „Victoria“ schreibt, daß es zu bedauern sei, wenn die Sozialisten verständlich auf die Regierung verzichten würden und der Volkspartei die ganze Verwaltung des Landes überließen. Man braucht nicht ignorant zu sein, um voraussetzen zu können, daß dieser Irrtum Deutschland führen würde. Der „Gaulois“ schreibt: Unserer Ansicht nach ist es viel wichtiger, daß man den Versuch macht, das Kabinetts zusammenzubringen, indem man Elemente in das Kabinetts einbezieht, welche das Mißtrauen der Opposition vermeiden wird. Diese Elemente werden sich aber nicht, die Beziehungen zur Masse abbrechen, da sie genau wissen, daß Deutschland dadurch nicht gewinnen, aber alles verlieren kann.

## Karls neuer Putsch.

Wien, 22. Oktober.

Zu dem Putsch des Kaisers Karl melbet die Wiener „Arbeiterzeitung“, daß Karl an der Spitze der Brona und Ostenburg-Truppen nach Budapest marschieren ließ. Eine andere ungarische Meldung belagt, daß die Ostenburg-Truppen bereits auf dem Marsch nach Budapest sind.

Wien, 22. Oktober.

In Oedenburg waren alle Vorbereitungen zum Empfang des Kaisers getroffen, woraus hervorgeht, daß der Putsch von langer Hand vorbereitet war. Die Truppen wurden vom General Hegeß auf den Kaiser vereidigt. Die „Allgemeine Zeitung“ melbet, Karl habe eine Proklamation erlassen, in der die Einsetzung einer neuen Regierung verkündet wird, der Bela von Rakowsky, Andrássy, Uppony und der ehemalige Gesandte in Wien, Dr. Graf, angehören.

### Die Lage in Ungarn.

Wien, 24. Oktober.

Nach den letzten Meldungen aus Ungarn hat die ungarische Regierung in Ungarn das Standrecht verhängt. Die Garnisonen von Oedenburg, Steinamanger und Uda sind zu König Karl übergegangen. Der König hat eine eigene Regierung gebildet und den Obersten Lehar zum Kriegsminister ernannt. Es gibt also in Ungarn gegenwärtig zwei Regierungen. Die Gefahr eines Bürgerkrieges ist ungeheuer groß, da König Karl entschlossen ist, es auch auf einen Kampf ankommen zu lassen. Die Regierung Horthy ist zu militärischem Widerstand gegen König Karl entschlossen. In der Nähe von Komorn soll es bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen sein. Horthy hat nach offiziellen Meldungen den General der Infanterie Jagy zum militärischen Kommandanten mit unbegrenzter Vollmacht ernannt. Ein Beschluß der ungarischen Regierung, wonach König Karl in Ungarn keine Herrscherrechte ausüben könne, wird in aller nächster Zeit mitgeteilt werden. Es bestätigt sich, daß die Kaiserin Zita ebenfalls in Oedenburg weilt. Der österreichische Gesandte in Wien hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Bundeskanzler, in der er erklärte, daß die österreichische Regierung eine abwartende Haltung einnehmen würde. Nach den letzten Nachrichten, soll die ungarische Regierung auch vor Gewaltmaßnahmen nicht zurückschrecken, um das Eindringen des Königs und seiner Truppen in Budapest zu verhindern, sowie seine Abreise aus dem Lande durchzuwehren. Die entscheidenden Beschlüsse wurden gestern in einem Ministerrat unter Zustimmung Horthys gefaßt.

### Eine Schlacht zwischen Karlisten und Horthytruppen.

Wien, 24. Oktober.

Nach den letzten Nachrichten aus Budapest soll in der Nähe von Buda-Oers zwischen den Truppen Horthys und den Truppen König Karls eine Schlacht im Gange sein. In Budapest hörte man Kanonendonner. Die Truppen des König Karl sollen zurückgeschlagen worden sein. Karl verfügt über die Truppen des Obersten Ostenburg und über die Garnisonen von Raab und Komorn, zusammen etwa 4000 Mann. In Budapest herrscht fieberhafte Erregung. Im Laufe der Nacht wurden alle Brücken von den inzwischen mobilisierten Barchtalformationen besetzt.

## Oesterreichs

### Arbeiter zur Abwehr bereit.

Wien, 22. Oktober.

Die Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei und die Obmänner der Ordnungswachen (Arbeiterwachen) sind zu einer Sitzung zusammengetreten und taugen in Permanenz, um alle Maßnahmen zur Sicherung der Republik durchzuführen.

Wien, 22. Oktober.

Die Parteileitung der Großdeutschen Partei plant eine große Kundgebung für die Republik. Wie der Wiener „Abend“ mitteilt, soll die Parteileitung der Großdeutschen Partei an die sozialdemokratische Partei mit der Aufforderung herantreten wollen, die Sozialdemokraten mögen im Hinblick auf die schwere Lage der österreichischen Republik wieder in die Regierung eintreten. Ferner teilt der „Abend“ mit, daß der gesamte Bahnverkehr nach Ungarn eingestellt ist.

### Eine Note der Alliierten.

Budapest, 23. Oktober.

Die Vertreter der alliierten Hauptmächte überreichten der ungarischen Regierung eine Note, in der unter Berufung auf das Schreiben vom 3. April 1921 der Vorschlag des Vorkriegsregimes in Erinnerung gebracht wird, demzufolge die Restauration eines Habsburgers den Frieden gefährde. Die ungarische Regierung wird daher aufgefordert, Maßnahmen zur Entfernung des Königs Karl zu unternehmen. Der Minister des Aeußern, Graf Bauß, teilte den Vertretern der alliierten Hauptmächte mit, daß die ungarische Regierung in dem am Vormittag abgehaltenen Ministerrat beschloß, daß König Karl das Land unverzüglich verlassen muß. Die ungarische Regierung habe zu diesem Zweck alle Maßnahmen getroffen. Den später vordringenden Vertretern Rumäniens, Südbanians und der Tschecho-Slowakei gegenüber wiederholte Graf Bauß diese Erklärungen.

### Briands Rammerteil.

In der französischen Kammer setzten sich die Verhandlungen mit einer längeren Rede Briands fort, in der er kurz das überschleifliche Problem kreierte, die Orientpolitik anschaut und schließlich von der Reparationsfrage sprach. Nachdem er noch kurz von der Reise nach Washington gesprochen hatte, verlangte er, sich einen Augenblick ausruhen zu dürfen. Die Sitzung wurde deshalb um 5 1/2 Uhr unterbrochen. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung führte der Ministerpräsident aus, die Wiederherstellung des Gleichgewichts des Weltmarktes könne die ganze Welt befreit machen, aber man dürfe trotzdem nicht die Realisierung aus dem Auge verlieren, die man von Deutschland erwarten müsse. Den ersten Besesseltag hielt Deutschland ein; aber

der Krieg habe eben alle Staatsklassen in Mitleidenschaft gezogen. Für Einzelpersonen sei das nicht der Fall, sie hätten sich im Gegenteil mit Geld bereichert. Die Lage in Deutschland sei nicht anders. Die Regierung des Reichskanzlers Wirth habe den aufrichtigen Wunsch, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sie mache ernsthafte Anstrengungen für die Entwaffnung und auch in finanzieller Hinsicht. Deutschland müsse in ausländischen Devisen zahlen. Unter den Gegnern Wirths, erklärte Briand, befänden sich die großen Finanzleute und Großindustriellen. Sie führten ihre Waren und Kapitalen aus, kauften Fabriken und Setzungen im Ausland und bereiteten den Bankrott Deutschlands vor. Dieser Bankrott sei nicht aufrichtig. Ganz Deutschland sei solidarisch und man werde sich nicht täuschen lassen. Man müsse Deutschland die Erfüllung seiner Verpflichtungen erleichtern. Die Mittel, die zu diesem Ziele führen könnten, seien zwar verwickelt. Man wolle doch vor, daß er Fühlung mit Rathenau genommen. Er handelte in vollem Einverständnis mit allen seinen Kollegen. Das Wirtschaftsabkommen würde gestatten, denjenigen Teil Deutschlands zu entlasten, mit dem man in Frieden leben könne. Die Reparationskommission und die Alliierten seien loyal von den Verhandlungen unterrichtet worden.

Briand erklärte weiter, die Verhandlungen hätten auf den gesunden Teil des deutschen Volkes die beste Wirkung ausgeübt. Es gäbe in Deutschland wie in Frankreich Leute, die durch den Krieg gelitten hätten und nun den Versuch machten, den Frieden zu befestigen. (Beifall auf zahlreichen Bänken.) Briand sprach alsdann über die Rhenlande und über die Rheinlande. Vom Rheinland, ein Teil Verwandtschaft mit Frankreich vorhanden sei, sei es Irrtum, zu glauben, daß die Bevölkerung ihr Vaterland verlassen wolle. Aber wenn man dahin gelangen könnte, daß die Rheinlande nicht mehr von Preußen regiert würden, hätte man schon ein großes Ergebnis erzielt. Briand erinnerte daran, daß die Zolllinie am Rhein durch die gemeinsame Entscheidung der Alliierten errichtet sei und daß sie darauf verzichten würden, sobald sie ihren Zweck erreicht hätte.

### Eine Sowjetrepublik in Portugal?

Madrid, 23. Oktober.

Wie „Imparcial“ aus Lissabon melbet, hat ein ehemaliger republikanischer Minister aus Portugal erklärt, die revolutionäre Bewegung in Portugal habe einen ausgesprochen bolschewistischen Charakter. Der erste Akt der neuen Regierung sei die Freilassung der Mörder Sidonio Paesos und aller wegen sozialer Vergehen Angeklagten gewesen. Ihre Absicht ist, in Portugal die Sowjetrepublik auszurufen. Der Führer der Division von Porto, General Euzo Rosa, sei mit seinen Truppen nach Lissabon gegangen, um die neue Regierung zu stützen.

### Der belgische Fall.

SK. In Belgien sind die Sozialisten wegen eines Konfliktes mit dem Kriegsminister aus der Regierung ausgeschlossen. Das Parlament ist aufgelöst, die Neuwahlen sind ausgeschlossen. Mit dem Austritt der belgischen Sozialdemokraten aus der Regierung scheidet — abgesehen von Deutschland — die letzte Partei der 2. Internationale aus der Regierung aus. (In der Tschechoslowakei sind allerdings Vertreter der tschechoslowakischen Sozialdemokratie erneut in die Regierung eingetreten.) In den Ausnahmeweiten des Krieges haben die Sozialisten in allen parlamentarischen Regierungen gefehlt. Bei den meisten Stegen ist damit Schluß gemacht worden, als die schwerste nationale Not vorüber war. In Deutschland dauert diese Not in stärkstem Maße noch an, und niemand wird daher die Regel aufstellen wollen, daß es an der Zeit wäre, auch in Deutschland die Periode sozialdemokratischer Regierungsteilnehmer zu beenden.

Aber eben darüber schafft das Beispiel Englands, Frankreichs und Belgiens, vielleicht auch das Oesterreichs und Schwedens Klarheit, daß normalerweise der Koalition zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen die größten Hindernisse entgegenstehen. Nur in Ausnahmeweiten ist die Bourgeoisie bereit, der Sozialdemokratie Zugeständnisse zu machen, welche die Übernahme der Regierungsverantwortung durch eine Arbeiterpartei rechtfertigen. In der gewöhnlichen Alltagspolitik der bürgerlichen Politik hat sich für eine dauernde Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung noch nirgend die Grundlage als gegeben erwiesen. Das belgische Beispiel erinnert daran, daß die sozialdemokratische Teilnahme an der Regierung im bürgerlichen Staat ein Ausnahmefall und nicht die Regel ist. Ein Ausnahmefall, für den allerdings im gegenwärtigen Deutschland viele Voraussetzungen unbedingt gegeben sind.

### Drohender Streit bei der Berliner Hoch- und Untergrundbahn.

Berlin, 24. Oktober.

Die Angestellten der Berliner Hoch- und Untergrundbahn stehen seit einiger Zeit in Lohnverhandlungen. In der Sonntagsnacht fand eine Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches und über den Eintritt in den Streik statt, die als Ergebnis eine überwiegende Mehrheit für den Ausstand hatte. Es ist damit zu rechnen, daß die Angestellten heute früh die Arbeit niederlegen und der Verkehr auf der Untergrundbahn eingestellt wird.

### Nationale Möbelkaten.

Wie uns heute früh aus München gebrahret wird, hat das politische Komodum in München in den letzten Wochen wieder einige besondere Blüten gezeitigt. Ein Haufen junger Burtschen zog kürzlich vor die Wohnung des Gen. Auer und begann zu johlen, zu pfeifen und zu schreien. In das Haus wurde gerufen: Auer raus, Schieber, Verräter, Sausjud, Lump! Dem Einschreiten der Polizei gelang es, dieses „Haberfeldtreiben“ abzubringen. Weiter drangen kürzlich Nationalsozialisten in ein jüdisches Gotteshaus während des Gottesdienstes mit brennenden Zigaretten ein. Als sie hinausgedrängt werden sollten, erklärten sie, es sei nirgends in einem Besesselt eine Vorschrift angebracht, die das Rauchen während des Gottesdienstes verbiete! Schließlich wurde der rechtsbolschewistische Haufe mit Gewalt aus dem Tempel entfernt.

## Im Jhnen bekannt . . . ?

Wie Ludendorff nicht schnell genug Waffenstillstand bekam.

Die deutsch-nationale Geschichtslegende über die Ursachen des Zusammenbruchs ist nur möglich geworden, weil im Volk die Vorgeschichte des Waffenstillstands teils nie bekannt geworden, teils vergesen worden ist. So können die Deutschmonarchisten in ihrer Propaganda heute behaupten, wir hätten im Herbst 1918 noch lange Widerstand leisten können, wenn nicht die Revolution gekommen wäre. Ist den Verbreitern dieser Behauptung bekannt, daß in einer Besprechung beim Reichskanzler am 10. Oktober 1918 der Staatssekretär Solff folgendes (laut amtlichem Protokoll) vorgetragen hat:

Ich habe Ludendorff gefragt, können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: Nein. Darum wollen wir prinzipiell eingehen auf die feindliche Räumung der besetzten Gebiete.

Ist den Verbreitern der Behauptung, wir hätten noch weiterkämpfen können, bekannt, daß in eine Besprechung beim Reichskanzler vom 9. Oktober 1918 (laut amtlichem Protokoll) der Oberst Hege im Auftrage der Obersten Heeresleitung folgendes gesagt hat:

Es wäre Hasardspiel der DSH., wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen. Gestern hing es an einem Faden, ob Durchbruch gelang. Dringende Bitte, nicht von Nervosität zu sprechen. Schritt zum Frieden, noch mehr zum Waffenstillstand ist unbedingt notwendig. Truppe hat keine Ruhe mehr. Unberechenbar, ob Truppe hält oder nicht.

In derselben Sitzung hat Ludendorff ausgeführt, daß die Verteidigung teurer sei als der Angriff. Beim Angriff unsererseits hätten die Gegner höhere Verluste als wir, bei der Verteidigung aber sei es umgekehrt. Das dürfte besonders die Kreise interessieren, die meinen, man hätte in der Defensive endlos ausharren können. — In der Sitzung wurde durch den Staatssekretär Graf Roeder darauf hingewiesen, daß wir die Donaufront nicht halten könnten und dann von den rumänischen Delvorräten abgeschnitten gewesen wären. Er fragt Ludendorff nach der Höhe der deutschen Delbestände. Das amtliche Protokoll verzeichnet folgende Antwort:

Ludendorff: Marine 10 Monate, Heer für Luftzeuge 2 Monate.

Die rumänischen Delquellen waren tatsächlich gleich darauf verloren, ebenso die galizischen mit Oesterreichs Kapitulation. Beim Weiterführen des Krieges hätte also spätestens im Dezember Deutschland den Luftkrieg wegen Mangel an Benzin einstellen können. Wie wollte man dann gegen die feindlichen Fliegergeschwader weiterkämpfen?

In derselben Sitzung vom 9. Oktober trug der Reichskanzler Max von Baden vor, daß er gern noch mit dem Friedensschritt gewartet hätte. Er sagte laut Protokoll:

Im Verlauf dieser Unterredung (vom 1. Oktober) habe er mehrmals an die DSH. im Großen Hauptquartier die telephonische Anfrage richten lassen, ob nicht mit der Note gewartet werden könne. Darauf sei vom General Ludendorff die telephonische Antwort erteilt worden, wenn er, der Prinz, am nächsten Morgen um 10 Uhr noch nicht Reichskanzler sei, so solle lieber der Vizekanzler Herr v. Papen die Note unterzeichnen.

Oberst v. Häften als Vertreter der DSH. erklärte auf Anfrage diese Darstellung für richtig. Staatssekretär Dr. Solff gab seinerseits folgende Darstellung:

Er habe ebenfalls den Feldmarschall v. Hindenburg gefragt, ob wir nicht acht oder wenigstens vier Tage Zeit hätten. Der Feldmarschall habe erwidert, darauf könne er keine bestimmte Antwort geben und seine Erwiderung mit den Worten geschlossen:

„Machen Sie schnell, machen Sie schnell!“

Auch dies mußte Oberst v. Häften als richtig zugestehen. Vizekanzler v. Papen bestätigte gleichfalls die Darstellung des Prinzen Max von Baden und bemerkte: Das Telephonat sei keineswegs das einzige Drängen gewesen.

## „Invalidendank“.

Im „Reichsbund“, dem Organ der Kriegsbeschädigten, wird der Schleier von dem Invalidendank G. m. b. H. gezogen. Dieses Unternehmen ist nach dem Kriege 1870/71 unter dem Motto gegründet worden: „Alles für die Invaliden.“ Aber für die Invaliden ist verflucht wenig übrig geblieben. Das genannte Blatt sagt darüber:

„Mit der Entfernung vom Krieg und der Verminderung der Invaliden aus den Jahren 1870/71 drohte das bis dahin florierende Inzeratengeschäft des Invalidendanks immer mehr zurückzugehen, bis im Jahre 1907 die Firma Haasenstein & Vogler sich des Unternehmens in liebevoller Weise annahm und sich mit 500 000 Mk. bei der Gesellschaft beteiligte. Haasenstein & Vogler hatte damit das Unternehmen vollständig in der Hand und sich durch Vertrag 70 Prozent des Reingewinns gesichert. Nach außen ging aber alles noch unter der Flagge für die Invaliden. Da der Invalidendank in den auf diesen Vertragsabluß folgenden Jahren fast dauernd mit Unterbilanz arbeitete, mußte bei Kriegsausbruch das Kapital der Haasenstein & Vogler A.-G. als verloren gelten. Mit dem Krieg wuchs indessen wieder das Interesse für die Fürsorge für die „Invaliden“. Auch die Möglichkeit einer neuen Geschäftskonjunktur tauchte auf. Die Propaganda für die Kriegsanleihe wurde bekanntlich immer großzügiger. Die Reichsbank hat nun den Löwenanteil der für die Kriegsanleihen ausgeworfenen Propagandapfeifen der Invalidendank G. m. b. H. überwiesen. Die Zeitungen, die auf diese Weise hohe Rabatte gaben, und mit ihnen die ganze Öffentlichkeit, waren fieber der Meinung, daß die Kriegserlöse, die auf diese Weise für das Annoncenbureau zustande kamen, den armen Opfern des Krieges zugute kommen würden.

Die Bilanz des Jahres 1916/17 weist einen Reingewinn von 543 105 Mk. auf, die beiden „Geschäftsführer“, General Redt und General Behn, erhielten ein Jahresgehalt von je 4000 Mk. So ganz nebenbei erhielt Erzellenz Redt auch noch für Provision und Lantime die bescheidene Summe — die Mark hatte damals noch nahezu Goldwert — von 51 150 Mk. Ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats, General v. Gablenz, bezog an Lantime die Kleinigkeit von 25 575 Mk., und Haasenstein & Vogler verrechneten ohne jede Gegenleistung 25 575 Mk. „Regiepfen“.

Von dem dann noch verbleibenden Gewinn erhielt Haasenstein & Vogler 286 441 Mk., der Invalidendank, das Wohltätigkeitsinstitut, dem die Geschäfte infolge seines Wohltätigkeitscharakters zur Verfügung waren, 122 760 Mk. Die Differenz, die sich dann ergibt, soll für versiedene bedenkliche Zwecke ausgeben worden sein. Das Jahr 1917/18 war noch lukrativer. Der Reingewinn betrug in diesem Jahr 1 054 166 Mk. Davon bekam das Haasenstein-&Vogler-Personal eine Lantime von 7500 Mk., das Personal des Invalidendanks eine solche von 17 500 Mk. Haasenstein & Vogler steckte davon wiederum „Regiepfen“ in Höhe von 5 41 66 Mk. und einem weiteren Gewinnanteil von 632 500 Mk. ein. Auch die Herren Generale erhielten wieder durchschnittlich Lantimen in Höhe von je 25 000 Mk., Erzellenz Behn sogar neben seinem Gehalt, daß er als reaktiver Offizier bezog. Für den Invalidendank, also für die Invaliden selbst, blieben von dem Millionengewinn ganze 292 500 Mk. übrig.

Mit diesem Material werden sich die Wohlfahrtsbehörden nun energisch zu befassen haben, um den Nutznießern des eigentlich für die Vermissten und Schutzbedürftigen bestimmten Geldes das Handwerk zu legen.

## Ende des Konflikts im Zeitungsgewerbe

Erfolg der Ausgesperrten.

Der Kampf im Zeitungsgewerbe hat eine überraschende Wendung genommen. Die Belegschaft der Firma Mosse nahm heute in ihrer Betriebsversammlung folgende Entschlieung einstimmig an:

# Volkswirtschaft.

## Opferkomödie.

Von Dr. R. Kuczynski.

Kaum haben sich die Industriellen bereit erklärt, der Reichsregierung ausländische Kredite zu vermitteln, so setzen sie schon nach einem weiteren „Opfer“. „Was die steuerliche Beschaffung neuer flüssiger Mittel für den Inlandsbedarf der Regierung betrifft, so haben führende Wirtschaftskreise ihren Widerstand gegen eine baldige Erhebung des zweiten Drittels des Reichsnotopfers aufgegeben.“ Also zwar kein ganzes Opfer, aber doch wohl ein Drittelopfer? Ach nein! In Wirklichkeit handelt es sich um sehr viel weniger.

Nach dem Gesetz „betreffend die beschleunigte Veranlagung und Erhebung des Reichsnotopfers“ vom 22. Dezember 1920 mußte der Abgabepflichtige ohnehin ein Sechstel am 1. November 1921 und den Rest, soweit er einschließlich des bereits gezahlten Drittels 10 Proz. des steuerpflichtigen Vermögens nicht übersteigt, am 1. Mai 1922 entrichten. Wer also nicht mehr als 10 Proz. seines steuerpflichtigen Vermögens zu zahlen hat, muß bis zum 1. Mai 1922 die ganze Abgabe leisten. Das ist aber die große Mehrzahl der Abgabepflichtigen. Denn die Abgabe beträgt ja bei einem steuerpflichtigen Vermögen bis zu 50 000 Mk. nur 10 Proz. und beim Vorhandensein von mindestens zwei Kindern bzw. Abkömmlingen von Kindern für jedes Kind für je 50 000 Mk. auch nur 10 Proz. Ein Vater von fünf Kindern z. B. hat bei einem Vermögen von 280 000 Mk., d. h. einem steuerpflichtigen Vermögen von 250 000 Mk., nur 25 000 Mk. Reichsnotopfer zu entrichten, also 10 Proz. seines steuerpflichtigen Vermögens. Hat er nicht 280 000 Mk. sondern 500 000 Mk., so beträgt seine Abgabe 64 085 Mk. Davon hat er ohnehin bis zum 1. Mai 1922 47 000 Mk. zu zahlen; es bleiben also als „zweites Drittel“ nur 17 085 Mk. Erst bei einem Vermögen von annähernd 1 Million Mark würde nach dem 1. Mai 1922 ein Rest verbleiben, der ebenso groß wäre wie die bis dahin fällige Leistung. Tatsächlich gibt es aber nur ganz wenige Menschen, die in der Reichsnotopferveranlagung als Millionäre erscheinen. Denn bei Grundstücken wurde ja nur das Zwanzigfache des Reinertrags im Durchschnitt der Wirtschaftsjahre 1912/13 bis 1919/20, bei Betriebsvermögen nur 80 Proz. des Wertes angelegt. Wer am 31. Dezember 1919 z. B. ein Gut (das heute vielleicht 10 Millionen Mark wert ist) mit einer Hypothek von 1 800 000 Mk. und einem durchschnittlichen Reinertrag von 120 000 Mk. und ein Kapitalvermögen von 200 000 Mk. besaß, wurde veranlagt zu 120 000 Mk. × 20 = 2 400 000 Mk. — 1 800 000 Mk. + 200 000 Mk. = 800 000 Mk.

Es ist nachgerade Zeit, daß mit der Notopferkomödie, die bei den Beteiligten mit jedem neuen Akt einen größeren Seiterkeits-erfolg erzielt, Schluss gemacht wird. Ursprünglich sollte das Notopfer eine große einmalige Vermögensabgabe sein. Der Staatenausschuß beseitigte die „Einmaligkeit“, indem er auf die Sicherheitsleistung bei Ratenzahlungen verzichtete; die Nationalversammlung beseitigte die „Größe“ durch die lächerlich niedrige Bewertung des Grund- und Betriebsvermögens. Dann wurde die Erhebung von einem Drittel der Abgabe bzw. 10 Proz. des steuerpflichtigen Vermögens bis zum 1. Mai 1922 beschaffen. Dann verübete Wirth, am 6. Juli d. J., daß weitere Raten nach dem 1. Mai 1922 überhaupt nicht erhoben werden würden. Der Rest des Reichsnotopfers solle durch eine laufende Vermögenssteuer ersetzt werden; die Körperschaften insbesondere sollten alljährlich 15 Promille ihres Vermögens zahlen. Dann legte Wirth dem Reichswirtschaftsrat den Entwurf einer solchen Vermögenssteuer vor, die aber für die Körperschaften nicht etwa auf 15 Promille, sondern nur auf 3½ Promille bemessen wurde. Und nun soll das Reichsnotopfer, das eben erst für erledigt erklärt wurde, wieder aufleben? Dabei hütet man sich, anzugeben, wieviel denn das sogenannte zweite Drittel bringen soll. Bisher sind auf das Reichsnotopfer einschließlich aller Vorausleistungen etwa 15 Milliarden Mark „eingezahlt“ worden; d. h. diese 15 Milliarden sind in Wirklichkeit zum größten Teil durch Eingabe von Kriegsanleihe, die zum Kennwert angenommen wurde, entrichtet worden. Nehmen wir an, das sogenannte zweite Drittel würde der Reichskasse außer einem Wagon Kriegsanleihe 2 oder gar 3 Milliarden Mark in Papiergeld bringen. Was wäre damit erreicht? Der jährliche Zinsdienst wäre um ein paar hundert Millionen Mark geringer, und die monatliche Vermehrung der Schuldenlast, die sonst 7 bis 8 Milliarden Mark ausmacht, könnte einmal auf 5 Milliarden sinken.

Mit kleinen Mitteln, wie der Erhebung einer weiteren Rate des Reichsnotopfers, kommt man heute nicht weiter. Aber auch die vom Wirtschaftsministerium vorgeschlagene Erfassung der Schwermere reicht nicht aus. Sie würde nach den amtlichen Berechnungen einen jährlichen Reinertrag von 10 bis 12½ Milliarden bringen, und auch das nur unter der Voraussetzung weiterer Preissteigerungen, die ihrerseits wieder eine Erhöhung der

„Die Verammlung beschließt nach Kenntnisnahme des Berichts der Funktionäre im Vertrauen auf die Erfüllung der gegebenen Versprechungen die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Sie betrachtet es als ihr gutes Recht, bei Nichterfüllung der Versprechungen den Kampf unverzüglich wieder aufzunehmen.“

In dem dieser Beschlußfassung vorausgegebene Bericht erklärte Fuchs, daß die Situation sich seit gestern Abend erheblich zugunsten der Gewerkschaft geändert hat. Mit dem Arbeiterrat der Firma Mosse fanden gestern erente Verhandlungen statt, die von neutraler Seite in die Wege geleitet wurden. Bei diesen Verhandlungen wurde man sich einig, die Arbeit heute aufzunehmen, weil begründete Hoffnungen bestehen, daß die Prinzipale für ganz Berlin ab 1. Oktober die Differenz aus dem Abkommen Maffini-Scenemann nachzahlen. Die am 15. November fälligen 25 Mark würden in der nächsten Woche gezahlt werden. Zur Bezahlung der Ausperrungstage habe die Firma bisher keine Verpflichtung übernommen, doch soll dafür gesorgt werden, daß niemand eine materielle Einbuße erleidet.

Nach einer kurzen Diskussion, in der auch Maffini die Annahme der oben mitgeteilten Entschlieung empfahl, wurde diese zum Beschluß erhoben. Dem Betriebsrat überwiesen wurde außerdem eine Resolution, die fordert, daß in der Presse über die Gründe der Wiederaufnahme der Arbeit Aufklärung gegeben wird, und die betonen soll, daß die Arbeiterschaft nur um ihre berechtigten Forderungen gekämpft habe und nicht gewöhnt sei, aus der Not der Zeit persönliche Vorteile zu ziehen.

Ausgaben des Reichs im Gefolge hätten. Das Defizit im Reichshaushalt, das in dem Halbjahr vom 1. April bis 30. September 1921 44 Milliarden Mark betrug, könnte mithin durch die Vorschläge des Wirtschaftsministeriums nicht beseitigt werden. Als einziger Ausweg erscheint nach wie vor eine allgemeine einmalige Vermögensabgabe in Höhe von mindestens 50 Prozent. Ein anderes Mittel zur Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt ist bisher nicht gezeigt worden. Die Herstellung dieses Gleichgewichts ist aber für das deutsche Volk weit wichtiger als vieles andere, das heute als unentbehrlich angesehen wird.

Selbstverständlich ist es nun nicht möglich, die Zustimmung der Angehörigen so opferwilligen „führenden Wirtschaftskreise“ zu einer so großen Vermögensabgabe zu erhalten. Das ist aber auch nicht erforderlich. Schließlich hat man ja auch nicht mit der Abschaffung der Sklaverei gewartet, bis die Sklavenshalter damit einverstanden waren.

## Steigende Bautätigkeit.

NZ. Auf dem Baumarkt herrscht wieder reges Leben. Die Bedürfnisse nach Arbeitskräften für Neubauten sind so gestiegen, daß jetzt bereits in einzelnen Bezirken ein so großer Mangel an Bauarbeitern besteht, daß man gezwungen ist, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge ungelernete Arbeitskräfte für das Baugewerbe anzulernen. Die Neubauten sind zu einem sehr großen Teil industrielle Bauten, aber auch der Wohnungsbau hat von Monat zu Monat in stärkerem Maße zu der Belebung des Baumarktes beigetragen. Nach den jetzt veröffentlichten Angaben über die Bautätigkeit in deutschen Großstädten sind in 35 der bekanntesten Großstädte im zweiten Vierteljahr 1921 1399 neue Wohngebäude und 4569 neue Wohnungen hergestellt worden. In dem gleichen Vierteljahr 1919 waren die entsprechenden Ziffern nur 293 und 1821. Im zweiten Vierteljahr 1921 sind also bei fast fünfmal soviel Wohngebäuden und 2½mal soviel Wohnungen neu hergestellt worden, als im gleichen Zeitabschnitt 1919. Sehr bemerkenswert ist, daß der Anteil der gemeinnützigen Baugesellschaften an der Herstellung von Wohngebäuden unausgesagt im Steigen ist. Von den Wohngebäuden, die im letzten zweiten Vierteljahr neu hergestellt sind, sind 1210, also 86,5 Prozent, allein der gemeinnützigen Baugesellschaft zu verdanken.

## Devisen-Kurse.

Berlin, 24. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		22. Okt.	21. Okt.
Amsterdam	100 fl.	564.45	5204.75
Bisssel (Antwerpen)	100 Frs.	1196.80	1119.85
Kristiania	100 Kr.	2147.85	1978.—
Kopenhagen	100 Kr.	3198.80	2947.55
Stockholm	100 Kr.	3876.10	3596.40
Helsingfors	100 finn. Mk.	261.70	259.75
Rom	100 Lire	659.80	615.35
London	1 £	659.80	612.85
New York	1 Doll.	167.33	155.34
Paris	100 Frs.	1199.75	1137.85
Zürich	100 Frs.	8061.90	2857.10
Madrid	100 Pesetas	2182.80	2055.40
Wien	100 K.	8.78	9.18
Budapest	100 K.	20.47	21.47
Prag	100 K.	174.80	162.80

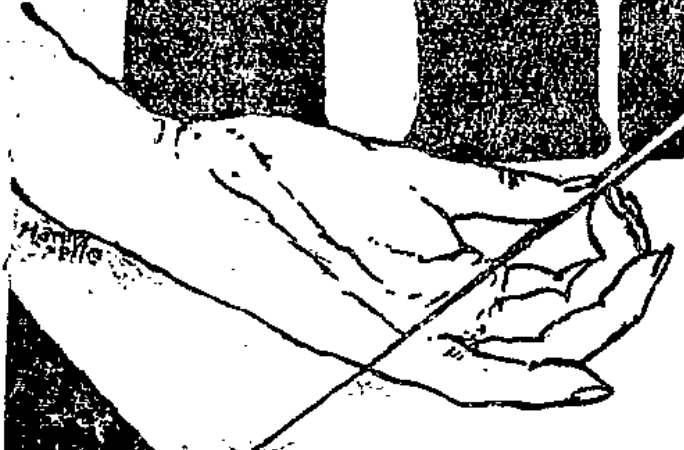
## Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angelommen am 22. Oktober.

Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Herkunftsport	Fahrzeit	Tag	Std.
Angelommen am 22. Oktober 1921.							
D.		Deinemph	Boje	See	14		
E.		Bineta	Bentel	Upfob	10		
E.		Marie	Benfen	Wiborg	2		
E.		Erni	Wennerborg	Stockholm	7		
D.		Orto Jbden	Wodrig	Stettin	7		
Angelommen am 23. Oktober 1921.							
E.		Orion	Brandt	Gotenburg	6		
D.		Wenkusten	Larion	Gotenburg	15		
D.		Regler	Holmberg	Rotta	4½		
E.		Lina	Lormann	Rakfow	4		
D.		Duen	Den	Souderburg	2		
D.		Neonius	Doberg	Kalnar	2		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Familienamt Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schula; für Inzerate Heinrich Steinderg. Verleger: Heinrich Steinderg. Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

# Halten Sie



## sich stets vor Augen

Der Wert unserer Angebote liegt außer in der überaus billigen Preisnotierung, vor allem in der guten Qualität unserer Waren!

### Es gibt bei uns noch billige Kurzwaren

Mengen-Abgabe vorbehalten

Halbleinenband in allen Breiten.....Stück	1 <sup>35</sup>
Nahtband schwarz.....4-Meter-Rolle	1 <sup>45</sup>
Lacetband in vielen Farben (Kunstseidene Sticklitze) Meter	30 <sup>5</sup>
Strumpf-Gummiband Abschnitte ca. 60 cm....	95 <sup>5</sup>
Rüschen-Gummiband Abschnitte ca. 60 cm.....	2 <sup>25</sup>
Ringband Meter.....	1 <sup>75</sup>
Druckknöpfe Hammonla schwarz.....Dutz.	45 <sup>5</sup>
Haken und Augen rostfrei, schwarz u. weiß, Paket	55 <sup>5</sup>
Nähnadeln Brief 25 Stück.....	35 <sup>5</sup>
Stecknadeln Brief 200 Stück.....	1 <sup>10</sup>

<b>Maschnergarn</b> 3fach.....200-Meter-Rolle	2 <sup>75</sup>
<b>Schürzenbesätze</b> bunt, verschiedene Breiten 3-Meter-Stück 7.50 und	3 <sup>75</sup>
<b>Wäschebändchen</b> 5-Meter-Stück	1 <sup>75</sup>
<b>Barmer Bogen</b> 5-Meter-Stück	1 <sup>75</sup>
Elegante	
<b>Dam. - Strumpfbänder</b> in aparter Ausföhrung aus Ia. Gummiband in versch. Farben	
Paar	10 <sup>50</sup> und 8 <sup>50</sup>

Hosenknöpfe Metall.....Dutzend 10.50 und	5 <sup>5</sup>
Korsettschließen in allen Längen.....Paar	1 <sup>75</sup>
Watte grau und weiß zum Abfütttern, Tafel (1 m lang)	3 <sup>50</sup>
Kartenwolle Karte 5 Gramm.....	95 <sup>5</sup>
Strickwolle gute Qualität, 100-Gr.-Lage 13.50	12 <sup>00</sup>
Stopfpilze pollert.....	1 <sup>25</sup>
Strumpfhalter für Kinder.....Paar	1 <sup>95</sup>
Damen-Strumpfhalter Ia. Rüschengummiband.....	4 <sup>25</sup>
Armblätter mit Ia. Gummipolster...Paar	6 <sup>50</sup>
Schnürsenkel Mako 120cm 1.50, 100 cm 1.20, 80 cm	85 <sup>5</sup>

**Not-Geld**  
in großer Auswahl  
Viele Neuheiten

**Brief-Marken**  
besonders preiswert  
Umsturz-Marken

### Mantel- und Besatz-Knöpfe besonders billig

**Ein Riesenposten**

**Bilder-Rahmen weit unter Preis**

<b>Eine Kaufgelegenheit für Wiederverkäufer</b>	<b>Serie I</b> Kleinere Amateur-Formate Durchweg Stück	<b>65<sup>5</sup></b>	<b>Serie II</b> Visit-, Prinzess- und Postkarten-Formate Durchweg Stück	<b>1.25</b>	<b>Serie III</b> Kabinettformat verschieden. Ausführung Durchweg Stück	<b>2.75</b>
---	--	-----------------------	---	-------------	--	-------------

# Holstenhaus



In's Auge fallend

Wer mit **Javalin** erzeugte Hochglanz des Schmelzwertes überall zu haben.

Garantiert Friedensqualität, nieder überall erhältlich  
L. Minios & Co., Köln-Ehrenfeld. (8169)

**Lübecker Sinfonie- u. Theater-Orchester**

Mittwoch, den 26. Oktober  
abends 7 1/2 Uhr:

**5. Volkstümliches Konzert**  
im Gewerkschaftshaus.

Leitung: Herr Konzertmeister Millies. (812)

Eintritt 3.50 Mk., einschl. Steuer.

Vorverkauf in den bekannten Verkaufsstellen.

**Zentralhallen**  
Morgen Dienstag: (8128)

**Gr. Tanzkränzchen.**

**Achtung!**  
Deutscher Bauarbeiter-Verbd.

Die Bau- und Platzbelegten, welche noch an den am 27. Oktober beginnenden monatlichen Kursus über das Betriebsrätegesetz und über Volkswirtschaftslehre teilnehmen wollen, müssen sich bis zum 27. Oktober, abends im Bureau oder in der dazu stattfindenden Versammlung gemeldet haben. (8126)

Der Vorstand.

**Zentralverband der Angestellten**  
(Ortsgruppe Lübeck).

**General-Versammlung**  
am Mittwoch, d. 26. Okt., abends 7 1/2 Uhr in der Zentralhalle, Danforthstraße 21.

Tagesordnung u. a.: (8122) Abrechnung vom 3. Quart. Erhöhung des Ortsbeitrages. Vortrag des Koll. Rat: „Die wirtschaftliche Lage“.

**Schirmreparatur**  
Kd. Teßmann, Hanstr. 45. (8106)

**Deutscher Transportarb.-Verb.**  
Ortsverwaltung Lübeck.

**Berufssammlung**  
ber  
**Caféarbeitnehmer**  
am Montag, den 25. Oktober abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zu einer Steuererhöhung.

(8125) Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verbd.**  
Zahlstelle Lübeck.

**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung**  
am Montag, den 25. Oktober abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zur Beitragserhöhung.  
2. Verschiedenes.

Um vollzähliges Erscheinen ersucht.  
(8110) Die Ortsverwaltung.

**Luisenlust.**  
Jeden Montag: **Blauer - Montag - Ball.** (8133)  
Damen Eintritt frei.

**Betriebsräte-Zentrale**  
A. D. G. B.-AFA. Lübeck.

Dienstag, d. 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

**Generalversammlung**  
aller B.A. und B.O. (Baudelegierte)  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
Vortrag des Gen. Sonnenschmidt, Hamburg.

**Die Sozialisierung von Kohle und Eisen.**  
Das Erscheinen aller im § 1 unserer Satzungen benannten Arbeitnehmervertretungen ist unbedingt erforderlich. Mitgliedsbuch und Ausweis sind vorzulegen. (8130)

Die Betriebsrätezentrale.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Verwaltungsstelle Lübeck.  
Distrikt Schlutup.

**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag, dem 25. Oktober, abends 7 Uhr im Lokale von A. Saborowski.

Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1921.  
2. Erhöhung der Verbandsbeiträge.  
3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber müssen alle Mitglieder erscheinen. (8137)

Die Orts- und Distriktleitung.

**Trocadero.**  
Schlüsselbuden 4.  
Fernsprecher 787.  
Nachm. u. abends:  
**Erno-Schräkel-Konzert.**  
Ab 1. November:  
**Weberus.**  
Schlager-Kapelle. (8117)

**HANSA-THEATER**

Heute Montag:  
**halb 7 Uhr abends**  
Einmaliges Gastspiel des Hamburger Kammertheaters  
**Die Sache mit Gold.**

Morgen Dienstag:  
**Der Vetter aus Dingsda.**

**Stadttheater Lübeck.**  
Montag, 24. Okt. 7.30 Uhr:  
6. Volkst. Konzert im Stadttheater.  
Brahms: e-moll-Sinfonie Grieg: Im Herbst Saint-Saens: Totentanz Gagny: Variationen für Streichorchester.

Dienstag, 25. Okt. 6.30 Uhr:  
Die Walfür. (8118)  
11. Ab.-Vorst. Buchst. C. Mittwoch, 26. Okt., 7.30 Uhr:  
Potash und Perlmutter. 11. Ab.-Vorst. Schit. C.

## Freistaat Lübeck.

Montag, 24. Oktober.

**Wegen Lohnunterschieden ist in der ganzen Fischindustrie von Lübeck und Schmilup die Arbeitsniederlegung erfolgt. Kein Arbeiter und keine Arbeiterin darf Beschäftigung in der Fischindustrie in Lübeck und Schmilup annehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen übt Solidarität.**

### Zur Preissteigerung.

Für die fortgesetzt steigenden Warenpreise werden die verschiedensten Ursachen ins Feld geführt. Weder die Händler, noch die Erzeuger wollen die Schuldigen an der Preissteigerung sein. Die Hamburger Detailistenkammer erklärte kürzlich, daß die Preissteigerung nicht von den Händlern ausgehe, sondern auf die Entwertung der Mark und auf die Machinationen des unreellen Handels zurückzuführen sei. Die Kammer und mit ihr die ihr angeschlossenen Betriebe sei sich in der Beurteilung solcher Machenschaften völlig einig.

Nach dem Beschluß der Detailistenkammer sind die Urheber der übermäßigen Preissteigerungen außerhalb des ordentlichen Handels zu suchen. Die Tatsache wird niemand bestreiten können, daß sowohl in der Produktion wie im Handel heute die Preisdiktatur herrscht, die alle lebensnotwendigen Bedarfsartikel weit über das notwendige Maß hinaus verteuert. Eine gewisse Aufmunterung, bei der Preisfestsetzung weniger Rücksicht auf die stark gesunkene Kaufkraft der Konsumenten zu nehmen, bringt die „Kolonialwarenwoche“, das Organ der Kolonialwarenhändler, wo unter anderem ausgeführt wird:

„Wie oft hört man die Redensart: „Ja, ich kann diese Preise nicht verlangen, sonst würde man sagen, ich wäre ein Wucherer.“ O du heilige Einfalt! Daß aber Metzger, Milchmann, Schuster, Schneider usw., ohne zu fragen, ihre Preise ganz nach dem Tageskurs erhöhen, findet jeder Mensch als selbstverständlich, weil es alle gleich machen und überall dieselben Preise sind. Das ist natürlich der springende Punkt und in bezug auf Konsequenz entschieden läßlich. Anders beim Einzelhändler, wo eine gewisse Sorte den Preis einfach nach der Tageslaune macht, ohne Sach und ohne Regel, diejenigen, die den lieben langen Tag überall bei ihren Einkäufen mehr, sogar das Doppelte, bezahlen und sich selbst aber alle erdenkliche Mühe geben, an ihren Verkaufsartikeln selbst so wenig wie möglich zu verdienen.

Gekauft wird unter allen Umständen doch, und es ist eine ganz unrichtige Redensart, daß es anders wäre bei den Sachen, die der Mensch haben muß. Diejenigen Artikel, die der Käufer nicht haben muß, sondern gerne haben möchte, zeigen sogar noch mehr zur Anschaffung, und heute ist es auch noch keine große und schwere Aufgabe, dem Käufer beizustimmen, daß die Preise, schriftstehend mit anderen Artikeln, eben bedeutend höhere geworden sind. Die Kundenschaft verlangt die billigen Preise nicht, aber sie profitiert mit Lachen von dem Unverständnis des billigen Händlers.“

Wer es also nicht versteht, das laufende Publikum zu bewahren, ist nach den Ausführungen der „Kolonialwarenwoche“ kein richtiger Geschäftsmann. Ein nettes Eingeständnis, das jeder Konsument sich merken sollte!

### Ein Herold der Reaktion.

Der Kappist Traub versammelte am Freitag die Deutschvölkischen um sich. Gerade die rechte Gesellschaft bei der der Kappminister seine Monarchienschwärmerie und Sozialistenverächtlichkeit anbringen konnte. Gerade aber auch der Berufene, über Schwärmerie und Idealismus zu sabbern. Denn Traub arbeitet im Dienste der Reaktion wie nur einer, und diese Reaktion kennt nur Gewalt über die Unterdrückten und unbeschränktes Ausbeutungsrecht der Allgemeinheit. Das ist die Schwärmerie der Klassenhonoratioren und der Idealismus der Besitzenden. Diesen Idealen will Traub mit der deutschvölkischen Jugend wieder hemmungslos Geltung verschaffen, und da heider Lehrmeister der „Münster“ aller Deutschen, Ludendorff, ist, so

## Jungfer Winchen und die Junggesellen.

Roman von Alice Berend.

29. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Was bedeutete die Frage nach Anton's Lebensart? Daß man sich in Gedanken mit künftigen Zusammenleben beschäftigte. Halbheit, die sich nicht zu verstellen verstand.

Der Abschied pulste einen feuchten Ruß auf Violas Hand. Dabei flüsterte Saphir: „Komme, was kommen mag.“ Viola blühte ihn unruhig an.

Sie sagte, daß man diese Spaziergänge in praller Mittagsglut vielleicht unterlassen sollte.

Saphir lächelte. Er wünschte zu sagen, daß man sie bald nicht mehr nötig haben werde. Es wäre ihm jetzt ein Leichtes gewesen, dies auszusprechen. Auch „Je vous aime“ und noch ganz anderes hätte er jetzt mühelos sagen können. Er begriff nicht, was ihn daran gehindert, dort oben, beim Alleinsein. Aber hier wäre es nicht angebracht gewesen, am lebhaftesten Stragened. So blieb es beim dieglänzenden Lächeln des Widders.

Anton erwartete den Bruder. Er fragte, ob er sich gelangweilt habe. Der Spaziergang schien ihm nicht übermäßig ausgebeutet gewesen. Anton glaubte, sich sagen zu können, daß ein gewisses übermütiges Fräulein jemandem vermöge zu haben schien.

Saphir antwortete vorsichtig. Er sagte, daß zur Vergeweihe kein Grund gewesen. Nur hatte man nicht viel geschwätzt. Sondern die Landtschaft reden lassen. Auch hätte Fräulein Viola Manierheit gelungen. Hier konnte Saphir nur mühsam ein geheimnisvolles Lächeln unterdrücken.

Später, ganz nebenbei, fragte Anton, ob auf dem Wege von ihm die Rede gewesen.

Saphir wünschte keine Gelegenheit zu veräumen, die künftige Schwägerin beliebt zu machen.

Er versicherte, daß man sehr viel von Anton gesprochen. Beinahe nur von Anton. Auch das Gute, das Fräulein Viola über Anton's Charakter gemutmaßt, wiederholte er. Ahnungslos seine Notizen ordnend.

Ein schauerliches Geräusch war die Antwort. Was war mit Anton geschehen? Er gurgelte schaurige Töne, laut, schrill, freischend.

Mit der gefüllten Wasserkaraffe stürzte Saphir hilfsbereit und totentbleich zu ihm hin.

Anton stieß ihn zurück. Er hatte gefungen. Warum sollte er nicht ebenso gut einmal singen wie jeder andere?

Der Rest war es nicht zum Vergnügen gekommen, sondern als gymnastische Atemübung.

braucht man keine Preisaufgaben zu stellen, um herauszufinden, was diese Vereinigung zur Beseitigung der republikanischen Staatsform erstrebt. Es ist völlig zwecklos, sich mit der „Aufmunterungsrede“ Traubs zu befassen, da deren Haupt- und Nebenfische die deutschmonarchistische Presse jeden Tag schmücken. Zur Kennzeichnung dieses furchtlosen Wilhelmianers — der nach dem Festschlag der Kappisten verduftete — sei nur eine Tatsache angeführt. Der ehemalige Seelforger bringt es fertig, die Mehrheit des gequälten deutschen Volkes noch nachträglich für die Hungertur zu beschimpfen. Der Mensch behauptet nach dem „General-Anzeiger“:

„Wir sind zur Hälfte an der Zwangswirtschaft zugrunde gegangen. Sie hat uns moralisch zugrunde gerichtet. Sie schaltete das aus, was den Menschen stützt, die Sorge für sich und die Seinen. Wenn der Egoismus des einzelnen mit dem Egoismus der anderen kämpfen muß, dann wird er von selbst zu einer sittlicheren Haltung geführt.“

Größerer Unmut und größerer Schwindel kann in der Tat nicht verzapft werden. Die Zwangswirtschaft wurde bekanntlich von der wilhelminischen Regierung eingeführt, weil der größte Teil des deutschen Volkes sonst ganz verhungert wäre. Die Sorge für sich und die Seinen quälte Millionen Väter und Mütter, eben weil der Egoismus der Besitzenden die Not der Enterbten dem Teufel scherte. Nur was der Staat unter mühsamem Zwange den geldhungrigen Klauen der Gaoisten entzück, blieb für das Volk übrig. Die andern „Kästchen“ ihren Egoismus an den Sorgen der Hungerigen. Und seitdem die Zwangswirtschaft gefallen ist, erkennt man erst, wie sich der Egoismus gestählt hat und zu welcher sittlichen Haltung er auswuchs: Der Wucher blüht in unerhörtem Ausmaß, ist gemein- und knatsgefährlich geworden. Heute wird das Stahlbad erneuert wie in den schlimmsten Zeiten der notwendigen Zwangswirtschaft nicht. Es stählt sich der Junker und der gewissenlose Händler auf Kosten der breitesten Volksschichten, die heute nicht wissen, wovon sie morgen leben sollen. Und da kommt ein Pfaffe und wirft dem gequälten Volke mangelnde Selbstaufopferung vor. Ein Mensch, dessen schwarze Seele sich so strapellos enthielt, kennzeichnet keine volksvernichtende und gewaltanbetende Gesinnung so deutlich, daß jedes weitere Wort überflüssig ist. Es kennzeichnet aber auch die Gesinnung der hiesigen bürgerlichen Kreise, die vor dem schäblichsten Reaktionär auf die Knie sinkt. Merkt es Euch, Ihr Wählerinnen und Wähler, wann Ihr am 18. November den Stimmzettel in die Urne legt. Die militaristische Kamartilla will Euch wieder die Schlinge um den Hals legen, und die bürgerlichen Parteien ihr dabei behilflich sein. Vergeßt es nicht, in der Einheitsfront sitzen die Monarchisten, die deutschvölkischen Hakenkreuzler, die volksparteilichen Wirtschaftsbekämpfer und mit ihnen marschieren die Demokraten. Setzt diesen Volksverächtern den sozialdemokratischen Idealismus entgegen, und die Dreifaltigkeit der Volksausbeuter und Volkswirerbrüder wird gebändigt.

### Gewaltige Verteuerung der Margarine.

Kein Tag vergeht, ohne daß die Preisschraube stärker angezogen wird, und kein Mensch weiß Rat, wie der Konsument diesem Elend begegnen soll. Kaum wurde eine Verteuerung der Margarine um 2,50 Mk. pro Pfund angekündigt, wird jetzt wieder die Schreckensnachricht verbreitet, daß der Deutsche Margarineverband mit Wirkung ab 20. Oktober abermals eine Erhöhung der Verkaufspreise um 8 Mark für die übrigen Sorten margararte und um 6 Mark für die übrigen Sorten pro Pfund vornahm. Die beste Margarine stellt sich im Ladenverkauf auf 29 Mark, die billige auf 23 Mark für das Pfund. Beurlaubt wird die Preissteigerung damit, daß in der letzten Zeit auf dem Weltmarkt die Preise für Rohstoffe ganz außerordentlich in die Höhe gegangen sind, zum Teil um etwa 100%. Die jetzigen Preise basieren auf den heutigen Devisenkursen, sollte sich also die deutsche Mark weiter verschlechtern, so steht leider eine abermalige Verteuerung der Margarine in Aussicht. Die Margarinefabrikanten betreiben, die Preis erhöhungen für Margarine seien eine Folge der ständigen Preiserhöhung für Butter. Gher sei das Gegenteil richtig. Die Landwirte fragen sich, wenn die Margarine heute schon so viel kostet, dann können wir für Butter auch einen höheren Preis nehmen. Auch das Schmalz, ein Artikel, der hauptsächlich aus dem Ausland kommt und daher ebenfalls den Weltmarktpreisen unterworfen ist, hat eine Erhöhung des Großhandelspreises von 16 Mk. auf 24 Mk. für das Pfund erfahren. Wer kann diese Preise noch bezahlen? Die

große Masse der Bevölkerung gewiß nicht. Butter essen schon längst nur die strapellosen, die jede Mehrausgabe einfach wieder abwälzen. Diese lassen sich nicht entschuldigen. Und die landwirtschaftlichen Erzeuger und die Meiereieigentümer sind recht nicht. Was im Inlande nicht abgesetzt wird, wandert nach dem Ausland. So ist kürzlich bekannt geworden, daß während in mehreren tausend Zentner Butter aus Schleswig-Holstein nach Dänemark verschoben werden, und von dort geht diese in Deutschland so benötigte Ware nach England. Dafür wird dem deutschen Volke und den verarmten Kindern die Milch entzogen. Denn diese können gerade diejenigen Leute nicht kaufen, die sie am notwendigsten gebrauchen. In Kiel z. B. kostet Vollmilch bereits 4,60 Mk. Soll das alles auf Kosten der Volksgemeinschaft so weiter gehen oder gibt es kein Mittel, dem Wucher Einhalt zu gebieten? Am 18. November muß den Helfershelfern dieser Volksausbeuter in Lübeck mit der Abgabe des sozialdemokratischen Stimmzettels ein Dalt zugerufen werden.

**Chauvinistische Hege.** Gegenwärtig wird mit Hochdruck an der nationalistischen Aufwiegelung des deutschen Volkes gearbeitet. Jene Leute, die ihre eigenen Verbrechen an andern Völkern gern vergessen machen möchten, und die das deutsche Volk in das größte Elend gestürzt haben, versuchen mit allen Mitteln wieder tonangebend zu werden. Ein kleiner Pusch, herausgeschworen durch den Furor teutonico, würde ihnen ganz angenehm sein. Seit einigen Tagen wird auch in Lübeck versucht, die Volkseele zum Kochen zu bringen. Unter den Arkaden preist ein gekaufter oder geschäftiger Hansjakob mit großem Stimmenaufwand „Die schwarze Schmach“ an, ein Prokerzeugnis, dessen Inhalt angeblich auf Grund amtlichen Materials und polizeilicher Vernehmungen zusammengestellt ist. Mit der Jahrmärkteklame: „Nur für Erwachsene!“ Sittlichkeitsverbrechen farbiger Frauen auf an deutschen Frauen und Kindern! wird auf die niedrigsten Instinkte des Volkes spekuliert und, leider nicht umsonst. Auch halb-wüchtige Mädchen und Jungen mit Hakenkreuzen und Klassenmützen sind unter den zahlreichen Käufern. Wenn schon der Sittlichkeitsgefahr wegen Vorsicht geboten und der jogen. Zeitungswich nur für Erwachsene bestimmt ist, dann darf auf keinen Fall die öffentliche Anpreisung erfolgen. Die ganze Aufmachung hat nur den Zweck, den Nachgeizt aufzukacheln, den nationalistischen Kummel zu beleben und dem Hefekeller wie Verkäufer den Beutel zu spielen. Diese Art der chauvinistischen Hege ist noch schlimmer als diejenige der sattem bekannten Miß Bevertage, die ist auf deutschmonarchistische Bestellungen hier und anderwärts betrieben wurde. Wir sind gewiß der Auffassung, daß Deutschland von der Entente ungerecht behandelt wird und weisen jeden Tag auf den von ihr eingeschlagenen Weg als verderblich hin. Aber mit den oben angebeuteten Mitteln werden wir das an uns begangene Unrecht nicht ausgleichen. Dieses Vorgehen dient nur dem gemeinen Dienste der deutschen Republikfeinde, die längst das größte Geschrei erhoben hätten, wenn etwa eine Schrift verkauft würde, die die Sitten der Hakenkreuzler kennzeichnete.

**Die Anschuligen.** Wir lesen in der hiesigen Presse: Gelegentlich der Verammlung des Vereins der Landbewohner Lübeck e. V. wurde auch die Kartoffelpreisfrage erörtert. Es wurde folgendes zum Ausdruck gebracht: Durch das unverantwortliche Treiben der Händler und Aufkäufer haben die Kartoffeln einen für weniger Bemittelte unerschwinglichen Preis erreicht. Demgegenüber waren sich die Verammelten darüber einig, daß ein Preis von 40 bis 55 Mk. (je nach Qualität und Entfernung) bei Lieferung vom Erzeuger unmittelbar an den Verbraucher angemessen erscheint. — Gewisse Händler und Aufkäufer sind zwar an dem Raub auf die Taschen des Volkes beteiligt, aber die Bauern sollten ja nicht so tun, als ob sie nicht ebenfalls jeden Preis nehmen würden. Borige Woche brachte ein Landmann Kartoffeln auf Bestellung nach Lübeck. Auf die Frage nach dem Preise erklärte der Mann, sie kosteten 40 Mk. Daraufhin bot ihm der Händler Gumpel gleich 60 Mk. und die wies der Bauer für den Rest seiner Ware auch nicht ab. Es ist eben heute so: jeder nimmt soviel er kriegen kann. Das ist einmal der Zug der Zeit, den der Pfarrer Traub stählenden Egoismus nennt.

**Erfahrforderungen Deutscher gegen Krankenkassen in Elsaß-Lothringen.** Nach den vom Räte des Völkerverbundes festgelegten Bestimmungen, die im Reichsarbeitsblatt vom 15. September 1921 S. 630 erschienen sind, können Erfahrungsprüfungen nur auf § 219

XXI.

Uebung macht den Meister. Am andern Morgen hörte man Saphirs Flöte schon bei Sonnenaufgang. Kaum, daß Aurora aus blauen Wolken die ersten Feuerrosen ins Wasser warf, flötete durch die stille Frühe das Lied von der Liebe, die lieben muß, weil sie nicht anders kann. Allerdings Piano. Und bei fest verschlossenem Fenster.

Aber Jungfer Winchen erwachte davon. Sie glaubte, die Flöte spiele von selber. Sie neigte in letzter Zeit dazu, an Wunder zu glauben. Aber auch früher hätte sie dies eher für möglich gehalten, als daß einer ihrer Herren seine Lebensgewohnheiten ändern könnte. Nie hatte Herr Saphir vor Sonnenaufgang gespielt. Denn es war beider Brüder Ansicht, daß man den Tag nicht vor dem Abend loben sollte. Nun plötzlich dies Gezwitscher im Morgengraul. Als säße man in einem Schwalbennest.

Jungfer Winchen war beleidigt. Sie war nicht mehr geneigt, in unerwarteten Ereignissen etwas Angenehmes zu sehen.

Nach einiger Ueberlegung jedoch machte ihr das Flötenspiel mehr Freude. Sie hatte sich gelagt, daß es einer Zwist zwischen den beiden Brüdern hervorgerufen würde. Etwas, das zu erleben sie sich gewünscht hatte, solange sie hier im Dienst war.

Aber Jungfer Winchen war ein Beschwoel. Nichts derartiges geschah. Sie konnte nur annehmen, daß Herr Anton schwerhörig geworden. Er verlor kein Wort über das Flötenspiel. Er lächelte sogar beim Frühstück. Ohne Unterlaß. Als denke er an etwas ganz besonders Angenehmes. Möglich, daß er einen kniffligen Nachspion aussehete. Er ging allein fort. Wahrscheinlich würde die Auseinandersetzung in der Werkstätte vor sich gehen. In dieser Schmiedekammer der Dunkelheit. Jungfer Winchen sagte sich, daß sie hätte wissen sollen, daß ihr kein Vergnügen gegönnt.

Anton hatte sich über Saphirs Flötenspiel gefreut. Er wünschte, eine Blumenpende an Fräulein Viola zu senden. Doch hielt er es nicht für vornehm, Geschenke, die man gibt, vor andern zu erwähnen. Und sei es auch der Nächste. Er wählte Tulpen. Sie waren einigermaßen dauerhaft und hatten keinen aufdringlichen Geruch.

Als er die Gärtnerei verließ, stieß er mit Saphir zusammen, der eilends hineinzugetreten wünschte.

Anton sagte ihm, daß die Erdbeerpflanzen noch nicht ange-

langt.

Saphir dankte dem Bruder, daß er sich feinetwegen bemüht. Er hätte aber noch eine andere Nachfrage zu erledigen. In wenigen Augenblicken würde er dem Bruder in die Werkstätte nachgefollt sein.

Herr Saphir wünschte Blumen.

Der Gärtner empfahl dem Herrn Saphir Tulpen. Einfach, weil er nichts anderes da hatte und ein nicht schlechteres Ge-

Saphir bestellte genau das Gleiche wie sein Bruder. In die gleiche Adresse.

Fräulein Viola freute sich. Sie hatte alle Blumen lieb. Nur ein bißchen komisch war es, daß die Brüder auch in solchen Dingen die Vollkommenheit ihrer Einkünfte zu bekräftigen suchten.

Der Vater sagte, daß man nur auf die freundliche Absicht sehen müsse. Phantastische Märchenprinzen wären die Herren Mägele nur einmal nicht.

Viola gab ihm recht. Etwas Freudiges flatterte bei dem Wort Märchenprinz über den hellgrünen Gartenrasen. Violas Gedanken grühten den, der eines Tages kommen würde. —

Regenwetter verhinderte die gemeinsamen Spaziergänge in der nächsten Tagen.

„Nachwetter“ nannte es Herr Apfel zufrieden.

Neben und Obstbäume beeciten sich zu zeigen, weiß weißer Sinn im Wechsel der Bitterung verborgen.

Auch die Brüder Mägele fügten sich dieser höheren Anordnung nicht unwillig.

Anton war der Anschauung, daß auch Gefühle nur gebiegener werden konnten, wenn sie still ausreifen dürften.

Saphir sagte sich, Zeit gewinnen, alles gewinnen. Er ruhte jede freie Stunde zur Einübung seines musikalischen Programms.

Eine ganz neue Idee war das Carmenpotpourri. Es sollte den Schluß bilden. Die Höhe, die rücksichtslose Erklärung: „Die Lieb“, die vom Zigeuner kommt, fragt nach Gesehen nicht, nach Nacht.“ bis zu der furchtbaren Drohung: „Und wenn ich lieb, rimm dich in acht.“ Es war dies keine Kleinigkeit. Denartig feurig sein zu müssen auf einer schmalen Silberflöte. Bei solcher Leidenschaftlichkeit schneller Taktfolge mit dem Atem auszureichen. Was niemandem gelingt, vollendet Liebe. Jeden Tag füllte sich Saphir taktvoller und sicherer werden.

Anton blieb aus Rücksichtnahme länger in der Werkstätte. Im Gepolde mit dem Schulmeister. Ohne Ueberdruß zu empfinden. Es gibt Dinge, die man immer wieder hören kann.

In einer dieser Dämmerstunden fragte Anton den Viten, ob er auch einmal seine Braut zu sich geladen hätte. Ehe sie seine Braut gewesen. Am ein bißchen nähere Kühlung mit ihr zu gewinnen. Und was er ihr dann für Delikatessen und Lederketten angeboten?

In die Fäktchengüte des Schulmeisters schob sich das Kumpeln der Emvdrung. Er griff zum Krüdstod und zog sich vom Stuhl hoch. Kam Herr Anton in das bedenklische Alter? Daß es ihn zu solchen Fragen trieb? Daß seine Phantasie mit Vermutungen spielen mußte, die der Mädchenehre einer siebzehnjährigen Frau zu nahe traten?

Er wünschte eine scharfe Antwort zu geben. Aber das gültige Schulmeisterherz gewann die Oberhand. Beim erstenmal pflegte er keine Ungezogenheiten zu strafen. Erst in Wiederholungs-

fallen.

(Fortsetzung folgt.)





# Rudolph Karstadt

Aussergewöhnlich billiges Angebot unserer  
Abt. Damen- und Kinder-Hüte im 1. Stock

## Damen-Filzhüte

moderne Formen ... in sehr schönen Farben  
29,50 36,50 58,- 68,-

## Zylinderplüsch-Hüte

in sehr aparten Formen  
68,- 85,- 98,- 115,-



## Lack-Regenhüte

für Damen und Kinder  
35,- 36,50 58,- 68,-

## Reizende Kinderhüte

in verschiedensten Ausführungen u. gr. Auswahl  
29,50 35,- 45,- 58,-

Große Auswahl in Putzzutaten, wie Samte, Bänder, Relter, Phantasies usw.

## Lebensstellung.

Erfolgreiche, arbeitsfreundliche Herren, die streng korrekt arbeiten, werden als

## Anzeigenaufsuchende

gesucht. Ständig hoher Verdienst. Befähigte Parteigenossen werden bevorzugt. Bewerbungen unter Einreichung eines lückenlosen Lebenslaufs erbeten.

**Pestalozzi-Verlag**  
Düsseldorf, Brehmstr. 86.

8119)

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Lübeck.

Die Zahlstelle Lübeck sucht zum 1. Januar 1922 einen

## Sozialbeamten.

Derselbe muß mindestens 5 Jahre dem Verbands- und einer Arbeiterpartei angehört, rednerisch, organisatorisch und agitatorisch befähigt und in der Sozialversicherung bewandert sein, sowie das Kassenswesen betriebl. betriebl.

Die Anstellung erfolgt nach den letzten Verbands-tagesbeschlüssen. Ausführliche selbstgeschriebene Angebote sind mit Aufschrift „Bewerbung“ an den Unterzeichneten bis zum 1. November 1921 einzu-senden.

**Gustav Edler,**  
Brüderstraße 16, part.

1 Damen- und 1 Herren-Mantel zu verkaufen.  
8116) Reiferstraße 11.

Zu kaufen gel. eine aut. erd. Sing. Nähmasch. Ang. u. Z u a. d. Exp. (8130)

Schirme werden repariert  
8115) Warenborst. 84, I.



Vertreter: **Emil Scheel, Lübeck,**  
Telephon 798. Moltkestraße 1. (8108)

Schwarz-rot-goldene  
**Schleifen**  
und **Fahnen**  
aller Art liefert zu Fabrikpreisen

Buchhandlung „Lübener Volksbote“  
Johannisstraße 46.



Zu beziehen durch die  
**Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

## Rechnungs-Formulare

fertigt prompt an  
**Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

## Visitenkarten

fertigen **Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.**

## Sozialdemokr. Verein.

Am 20. Oktbr. starb unser Genosse

## Paul Schütt.

Beerdigung Mittwoh, den 26. Oktober, nachmittags 3 1/4 Uhr Vorwerker Friedhof.

Ferner starb unser Genosse (8114)

## Willi Potenberg.

Beerdigung Mittwoh, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr Vorwerker Friedhof.

Ehre ihrem Andenken!  
8114) Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verbd.

Verwaltungsst. Lübeck.

Am 21. Oktober starb unser Kollege

## Willi Potenberg.

Ehre seinem Andenken!

44. Bez. (8127)

Beerdigung Mittwoh, den 26. Oktober 4 Uhr Vorm. Friedhof.

Die Ortsverwaltung.

## Ord. Tagesmädchen

für Haushalt und Laden.  
8132) Marktviere 4.

## Confonische

außer jeder Schulz. gel.  
8134) Marktviere 4.

6. H. gemütl. 3-Zimmerw. in d. Johannisstr. 9. 3 od. 2-Zimmerw. 3. instig. Ang. u. O J K a. d. Exp. (8118)

Kleine 2-Zimmer-Wohnung 2-3-Z. zu tausch. gesucht. Angeb. u. L R an die Exp. d. Bl. (8131)

Zu tausch. gel. 1 Zwei-Simmen-Wohn. gegen eine größere. Angeb. u. L R an die Exp. d. Bl. (8123)

Aleinsteh. Frä. 1 möbl. Zimmer, am 1. v. Pennekou u. Familienanhang. Ang. u. A Z a. d. Exp. (8120)



Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstr. 46.

## Neues Volksliederbuch

mit Anlehnung zur Liederbegleitung.  
Preis Mk. 5.50.

Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.**

Infolge eines Schlaganfalles starb plötzlich am Freitag abends 11 1/2 Uhr mein lieber Mann, meines Sohnes, treuer-sorgender Vater, unser auter Sohn, Bruder, Schwiegerohn, Schwager untr Onkel (8122)  
**Willy Potenberg**  
im Alter von 59 Jahren. Tiefbetrübt und schmerzlich vermisst von allen Hinterbliebenen.  
**Dora Potenberg,**  
geb. Meyer.  
Trauerfeier am Mittwoh, den 26. Oktober, nachmittags 4 Uhr, in der Kapelle Vorwerk.

Am Freitag morgen starb nach längerer Krankheit unser Kollege und Mitarbeiter, der Wagenführer  
**Heinrich Krickhahn**  
im 35. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Beerdigung am Dienstag, dem 25. Oktober, nachmitt. 4 Uhr, Vorwerker Friedhof. Extrazug 3.20 Uhr ab Markt. (8138) Die Belegkarte h. Süb. Straßenbahn.

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Ortsverwalt. Lübeck.

## Nachruf.

Am Donnerst. dem 20. v. Mts. starb unser treuer Kollege (8124)

## Paul Schütt,

Flagarbeiter.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Mittwoh, dem 26. d. Mts., nachmittags 3 1/4 Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Sammelplatz der Kollegen dahelst 3 Uhr.

Die Ortsverwaltung.



## Neu erschienen! Vorwärts-Kalender 1922

in Tiefdruck, reich illustriert, zum Preise von Mk. 4.—

**Lübener Volksbote**  
Johannisstraße 46.

Unserer werthen Kundschaft von Lübeck und Umgegend bringen wir hiermit zur Kenntnis, daß wir der Firma

## Adolf Christiansen in Lübeck

Fleischhauerstraße Nr. 46

als langjährige Hauptvertreterin für unsere Gesellschaft die bisher von der Firma Paetan & Co., Lübeck, Bedergrube Nr. 3 verwaltete Fil. General-Agentur übertragen haben.

Wir bitten, sich in künftigen vorkommenden Versicherungs-Angelegenheiten nunmehr direkt mit der Firma Adolf Christiansen in Verbindung zu setzen.

(8111)  
Lübeck, den 1. Oktober 1921.

## Versicherungsgesellschaft Thuringia

General-Agentur Lübeck, Palmalle Nr. 106.

**G. Albrecht.**

Zum Abgleich von Feuerversicherungen auf Mobilien und Immobilien, von Diebstahl, Haftpflicht, Einbruchdiebstahl, Beraubungs-, Glas-, Wasserleitungs-, Mitterverlust-, Betriebsunterbrechungs- und Transportversicherungen für obige Gesellschaft zu billigen Prämien bei keinerlei Nachschußverbindlichkeiten für die Versicherten hält sich bestens empfohlen die Firma

## Adolf Christiansen

Fleischhauerstr. 46. — Fernsprech-Anschluß 8373.

Lübeck, den 1. Oktober 1921.